



# HESSISCHER LANDTAG

29. 01. 2019

Plenum

## Antrag

### Fraktion der Freien Demokraten

#### Zustimmung im Bundesrat - Georgien, Algerien, Marokko und Tunesien müssen sichere Herkunftsstaaten werden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einstufung Georgiens, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten zuzustimmen.
2. Der Landtag stellt fest, dass auch bei Anerkennung als sichere Herkunftsstaaten jeder Einzelfall geprüft wird und damit das Grundrecht auf Asyl selbstverständlich weiterhin gewährleistet ist. Gleichzeitig können jedoch eindeutig aussichtslose Fälle schneller bearbeitet und damit Rückführungen beschleunigt werden.

#### Begründung:

Die Einstufung der Staaten Georgien, Demokratische Volksrepublik Algerien, Königreich Marokko und Tunesische Republik als sichere Herkunftsstaaten ermöglicht die schnellere Bearbeitung aussichtsloser Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten, ohne das individuelle Asylrecht einzuschränken.

Nur ein Bruchteil der Asylbewerber aus den Maghreb-Staaten und Georgien wird anerkannt (so im Jahr 2017: 0,6 % der Asylbewerber aus Georgien, 2,0 % derer aus Algerien, 2,7 % der Asylbewerber aus Tunesien und 4,1 % aus Marokko). Auch mit der Einstufung dieser Länder als sichere Herkunftsstaaten gibt es weiterhin die Offenheit unseres Landes für diejenigen, die Opfer von Verfolgungen sind. Es wird auch künftig jeder Einzelfall geprüft.

Mitarbeiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verlieren Zeit damit, sich mit Asylanträgen von Georgiern, Marokkanern, Tunesiern und Algeriern zu beschäftigen, die keinerlei Aussicht auf Erfolg haben. Durch eine Neuregelung werden die Rückführungen aufgrund verkürzter Klage- und Ausreisefristen erleichtert. Deutschland hält weiter an seinem Asylrecht fest, stellt aber sicher, dass es schneller und verlässlicher denen zugute kommt, die es brauchen.

Es wird Zeit, dass die CDU sich gegen ihren kleineren Koalitionspartner bei dieser auch in der Bevölkerung intensiv diskutierten Frage durchsetzt. Angesichts der im Bundestag mit breiter Mehrheit beschlossenen Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten und einer breiten Mehrheit diesbezüglich in der Bevölkerung sollten der Hessische Landtag und die Hessische Landesregierung den Weg dafür auch im Bundesrat freimachen.

Wiesbaden, 29. Januar 2019

Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**